

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847**

10 (3.2.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 10.

Karlsruhe, Mittwoch den 3. Februar

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Ueber die Vertheidigung des südwestlichen Deutschlands wird dem Mannh. Journal aus Stuttgart folgendes geschrieben: „Nach den gegenwärtigen militärischen Zuständen des südwestlichen Deutschlands scheint es unvermeidlich, daß uns im Anfange eines deutsch-französischen Krieges, namentlich wenn dieser sehr überraschend kommen sollte, Niederlagen bevorstehen. Es würden dieselben nicht allein diese Staaten Deutschlands der traurigsten Verwüstung preis geben, sondern es scheint bei einer taktischen Organisation, wie sie für die Infanterie des achten deutschen Armeecorps im Werke ist, unvermeidlich, daß die Ehre unserer Truppen eine harte Probe zu bestehen haben wird. Obwohl es schon tausendmal gesagt worden, so sei es hier abermals wiederholt: Die gegenwärtige Heerverfassung Südwestdeutschlands bedarf bei der so bloß gestellten Grenze schlechterdings der Verstärkung durch eine tüchtige Landwehr und eines Landsturms, um die Bürgerschaft zu haben, daß der Feind nicht ohne empfindliche Verluste in das Innere unseres Landes eindringen könne. Da wir die Gebirgspässe, welche jenseits des leicht zu überschreitenden Rheines liegen, und welche unsere natürliche Landwehre bildeten, nicht mehr besitzen, so müssen wir aus unserem Volke eine lebendige schaffen. Die Elemente dazu sind vorhanden. Es möchte wohl unschwer sein, die Auslosigkeit der beiden Festungen Ulm und Raasdorf bei einer großen französischen Invasion nachzuweisen, so lange die Volksbewaffnung nicht damit verbunden ist. Mit einer solchen Maßregel läßt sich aber nicht warten, bis der Feind vor den Thoren steht. In sechs Wochen (wenn uns der Feind so viel Zeit läßt) schafft man keine kampffertige Armee aus einer der Waffen entwöhnten Bevölkerung, insbesondere dann nicht, wenn jegliche Grundlage zur Bildung einer solchen, also die Rahmen und Führer fast gänzlich fehlen. General v. Theobald sagt: „Es wäre eine klägliche Verirrung, wenn man ein tumultuarisches Aufstehen als möglich und wirksam denken und in den Begriff der Volksbewaffnung Ideen, die der Lage unserer europäischen Kriegskunst zuwider sind, aufnehmen wollte. Napoleon sagte mit Recht: 50,000 Mann sind noch nicht 50,000 Soldaten; sie können in festen Plätzen und in gedeckten Stellungen vielleicht gute Dienste leisten, aber in offener Feldschlacht werden sie, wenn sie nicht ganz übertüchtig und nicht von erfahrenen Offizieren geführt sind, dem Angriffe von 3000 Reitern gewiß nicht widerstehen und auseinanderstieben.“ Die Schweizer Freischäarenzüge haben dasselbe bewiesen. — Die Zeit wird kommen, wo man vergebens die Vergangenheit zurückwünschen und wo man jener Lethargie und jener Sorglosigkeit fluchen wird, die seit dem dreißigjährigen Kriege unser Erbtheil geworden, und durch welche wir unsern Kriegsrühm, sammt den natürlichen Grenzen und Grenzprovinzen,

ja sogar die Idee des gemeinsamen Vaterlandes verloren haben.“

(Die württembergische Kammer.) In der achten Sitzung vom 28. Januar liefen wieder mehrere Petitionen für Pressefreiheit (wie auch in Sachsen gleich in der ersten Sitzung des außerordentlichen Landtags) ein, unter anderen von der Stadt Weinsberg. Bei diesem Anlaß erwähnte der Abg. Schweichard der Bitte des Herausgebers der Tübinger Chronik um Erweiterung dieses Blattes, welche die Kreisregierung in Reutlingen nur unter der Bedingung gestattete, daß alle Gegenstände der innern und äußern Politik ausgeschlossen blieben. Der betreffende Erlaß zählte alle diese Gegenstände besonders auf und es waren deren so viele, daß der Abg. Römer bemerkte: wenn den kleinern Blättern all dieser Stoff entzogen werde, so müßten sie zu Anzeigen von Krämer- und Viehmärkten herabsinken. Prälat v. Hasner fügte bei, daß solche Beschränkungen um so mehr zu beklagen seien, da unsittliche Erzählungen in den Lokalblättern kein Hinderniß finden. Der Abg. Murschel ergriff diese Gelegenheit, um sich dem Beschluß vom 16. für Pressefreiheit nachträglich anzuschließen, da er damals zwar schon gewählt, aber noch nicht in die Kammer getreten war. Durch seinen Anschluß glaube er eine Schuld gegen die Versammlung, seine Wähler und das Land abzutragen. Er erinnere sich noch recht wohl des freudigen Eindrucks, den die Eingangsworte des Pressegesetzes vom 30. Januar 1817 überall hervorriefen, die Worte: „Um der freien Mittheilung der Gedanken und Einsichten durch den Druck keine anderen Schranken, als die durch das Verbot des Gesetzes bedingten, entgegen zu setzen, wollen Wir die Censur aufgehoben haben“ u. s. w. — Als er 1833 berufen gewesen, in diesem Saale sich für das Recht der freien Presse auszusprechen, habe er bemerkt, daß er sich nach diesem Augenblicke längst gesehnt habe; seither seien wieder dreizehn Jahre abgelaufen, ohne daß die Censur von ihrer Strenge irgend zurückgekommen wäre. Er müsse es für die Pflicht eines Abgeordneten halten, die entschiedensten Anträge für die Herstellung der verfassungsmäßigen Pressefreiheit, also für Beseitigung der Censur nach Kräften zu unterstützen. —

Unter den Verordnungen, auf welche die Verathung des Rechenschaftsberichts führte, war auch die vom 24. Januar 1846, den Handelsvertrag mit Portugal vom 13. Octbr. 1845 betreffend. Hiezu bemerkte der Abg. v. Mohl: Dem kleinen Portugal sei es gelungen, die Integrität des Zollvereins in Frage zu stellen; denn während dieser sonst nur als Ganzes mit auswärtigen Staaten unterhandelt, habe Portugal durchgesetzt, mit den einzelnen Zollvereinsstaaten Verträge abzu-

schließen, und zwar zuerst mit Preußen, wobei dieses den Portugiesen gleiche Rechte mit seinen eigenen Unterthanen in Bezug auf Schifffahrt und Handel zugestanden, aber von Portugal, das seine Schifffahrt begünstige, eine Navigationsacte habe u. s. w., nicht dieselbe Einräumung, sondern nur die Gleichstellung mit den am meisten begünstigten Nationen erlangt habe. Der Vertrag könne am 1. Juli d. J. gekündigt werden, und das sollte auch geschehen, aber nicht einseitig von Württemberg, sondern gemeinschaftlich von allen Vereinststaaten. Der Antrag wurde an die Finanzcommission verwiesen. (Später hat auch England mit Preußen allein einen Vertrag über internationales Verlagsrecht und Bücherzoll abgeschlossen und es bleibt den übrigen Vereinststaaten überlassen, sich anzuschließen.) Am Schlusse der Sitzung begründete der Abg. Müller seine Motion über Ablösung der Zehnten und anderer Lasten und Verwendung der Ablösungscapitalen für den Eisenbahnbau.

### Briefe.

Mannheim, 28. Januar. Gestern hat sich das Neckareis in Bewegung gesetzt und schwimmt den Rhein hinab, der uns, wenn die gelinde Witterung nicht plötzlich wieder umschlägt, bald die längst erwarteten Schiffe heraussenden wird. Man hat bei der zunehmenden Lebhaftigkeit der Rheinschifffahrt die Bemerkung gemacht, daß die Einfuhr auf dieser herrlichen Wasserstraße sich zwar von Jahr zu Jahr vermehre, daß aber die Ausfuhr rheinabwärts sehr gering sei. Es ist richtig; das Holz, womit wir den Holländern ihre Colonialwaaren theilweise bezahlen, könnte zu eigenem Gebrauche verwendet werden, und es wäre nützlich, wenn statt dessen Waaren ausgeführt würden. Allein es sind nicht die Fabriate, welche den Schifffahrtsverkehr hauptsächlich nähren, sondern die Rohstoffe, und solche bilden auch den größten Theil der Zufuhr auf dem Rhein, für die deutsche, schweizerische und seit Frankreich diesen Weg geöffnet hat, auch für die französische (elsässer) Industrie. Die Handelspolitik aber, über deren Leitung in Deutschland viel zu klagen ist, mit deren richtigen Grundsätzen sich auch die immer noch sehr hohen Wasserzölle nicht vertragen, hängt mit der allgemeinen Politik vielfach zusammen. Große Staaten mit freien Einrichtungen, wo alle allgemeinen Interessen am Lichte des Tages verhandelt werden, haben in dieser Beziehung vor anderen Vieles voraus. Im gegenwärtigen Augenblicke ziehen die eröffneten Verhandlungen des Parlamentes in England und der Kammern in Frankreich die Aufmerksamkeit von ganz Europa nach dem Westen; Jeder will hören und mit urtheilen, eine freie Presse erörtert in allen Richtungen die Fragen des Tages. Deutschland entbehrt des Ansehens, das es in Europa haben sollte und folgeweise auch der Befriedigung seiner materiellen Interessen, weil es jenen großen Parlamenten kein deutsches Parlament, jener nationalen Politik der Franzosen und Engländer keine deutsche Politik, ihrer freien Presse nur eine gefesselte entgegen zu setzen hat. Dies ist nicht nur demüthigend, sondern auch schädlich für Deutschland, und nur das ist erfreulich, daß das Gefühl des Volkes anfängt, sich dagegen zu empören und daß die Einsicht von dem Schaden sich immer weiter verbreitet. Ein deutsches Parlament und eine freie Presse wurden in diesen Tagen auch

in der württembergischen Kammer als Bedürfnisse für die Wohlfahrt der Nation bezeichnet, und welchen Gewinn die öffentliche Meinung schon in einer preussischen Reichsverfassung erblickt, dies zeigt sich in dem Festhalten und unermüdlischen Erneuern aller darauf bezüglichen Gerüchte. Die Presse aber wird gerade in wichtigen Fragen noch immer als unmündig behandelt, wie z. B. vor Kurzem den hiesigen Redactionen bedeutet wurde, daß über die Krakauer Frage nichts mitgetheilt werden dürfe, als was die Karlsruher Zeitung bringe. Durch eine weitere Ausdehnung dieses Verfahrens könnte man dahin gelangen, die Censur in der Residenz zu concentriren und nur Abdrücke des allort gebilligten Zeitungsstoffes in den übrigen Blättern zu verbreiten. Wenn es so gefährlich ist, von Krakau zu sprechen, so werden die Gefahren dadurch nicht gehoben, daß man der Presse hier den Mund schließt, während sie von allen Seiten zu uns herein spricht. Es wird nachgerade gefährlicher, die Meinungen zu unterdrücken und dadurch die geistige und physische Spannkraft der Nation zu lähmen, als ihr innerhalb der Schranken des Gesetzes freien Spielraum zu gestatten. Das versagte Recht ist aus den Geistern und aus den Urkunden nicht zu vertilgen und ein System der hartnäckigen Verweigerung richtet am Ende das Unglück an, welches es verhüten zu wollen vorgab. Es hilft auch zur Umstimmung der Gesinnungen kein anderes Mittel gründlich als die Rechtsbefriedigung, und seit v. Rotteck dies so oft und so nachdrücklich ausgesprochen, ist es sehr vielen Menschen deutlicher geworden. Was hilft es z. B. der preussischen allgemeinen Zeitung, daß sie Stellen in Prosa und in Versen aus den Schriften von Marr, Heinen und Freiligrath als Gespenster für Schwachköpfe heraufbeschwört; sie macht damit die Städte, die Provinziallandtage und die Industriellen nicht stumm mit ihren Begehren nach Recht und Freiheit.

So schmeichelt man sich auch anderwärts vergebens mit einer Umstimmung der Gesinnungen, durch die kleinen Feldzüge gemieteter Truppen gegen Männer, welche als Träger jener Gesinnungen gelten. Die Prätorianer, Janitscharen, Strelitzen und Schweizer der Presse leisten für theures Geld nur schlechte Dienste, während man die Umstimmung der Gesinnungen, die sich bei Einzelnen erkaufen läßt, dann aber auch unbrauchbar wird, weit allgemeiner und billiger haben könnte, wenn man die Censur abschaffte und den Forderungen des Rechtes Gehör gäbe. Es handelt sich überhaupt in der Gegenwart nicht mehr um Personen, sondern um Wahrheit in Thatfachen und Interessen. Diese Wahrheit aber kann nur das Ergebnis allseitiger freier Forschung und Erörterung, niemals das Resultat der Unterdrückung sein.

Mannheim, 1. Februar. Bei der anhaltend milden Witterung hat die Kölnische Dampfschiffahrtsgesellschaft ihre Fahrten seit einigen Tagen wieder eröffnet; vor der Hand geht jeden Morgen um 6 Uhr ein Schiff von hier ab nach Köln und Nachmittags 2½ ein Boot von Mainz hierher. Hoffentlich werden nun die Schleppboote bald ihre Dienste leisten und die öffentlichen Arbeiten beginnen. Während die Berichte aus den Seeplätzen ein fortwährendes Steigen der Getreidepreise melden, was hauptsächlich den Maßregeln der brittischen Regierung zur leichteren Versorgung Englands mit Nahrungsmitteln zuzuschreiben sein dürfte, sind die Preise in der Rheingegend nicht unbedeutend gewichen. Der erste Anstoß zeigte sich auf dem sehr stark befahrenen Markte zu Kaiserslautern, ihm folgten

die Preise in Worms, Mainz u. s. w. Die Aussicht auf die nahen Zufuhren mögen die inländischen Vorräthe nach den Märkten in Bewegung gesetzt haben. So lange übrigens aus den Seeplätzen nicht bessere Nachrichten kommen, dürfen wir kaum auf eine nachhaltige Ermäßigung der Preise von inländischen Erzeugnissen hoffen; aber so viel stellt sich doch heraus, daß bedeutende Vorräthe vorhanden sein müssen, was vielfach bestritten wurde. Die von dem Gemeinderathe angeordnete außerordentliche Sammlung hat 4162 fl. 28 kr. geliefert und es stehen noch Nachträge in Aussicht. Dies ist ein erfreuliches Ergebnis, wenn man bedenkt, daß vor Kurzem erst die gewöhnliche Sammlung für die Armen stattgefunden, daß der Unterstützungsverein über 1100 fl. an Geldbeiträgen, außerdem noch Beiträge an Kleidungsstücken und Nahrungsmitteln erhalten, und daß der Armencommission reichliche Gaben zugeflossen sind; auch die Privatwohlthätigkeit leistet sehr Vieles; in den jüngsten Tagen hat sich ein Frauenverein gebildet, welcher Gaben sammelt, die auf dem Wege einer Lotterie verwerthet werden sollen. Der Erlös ist besonders zur Anschaffung von Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken bestimmt. Man kann wohl mit Grund behaupten, daß die Stadt Mannheim hinter keiner andern Stadt in dem Bestreben, die Noth zu lindern, zurück bleibt.

Von dem Ertrage der außerordentlichen Sammlung soll vorzugsweise der Mehraufwand der erweiterten Suppenanstalt bestritten werden; allein da diese kaum zu einem Drittheil dessen, was sie zu leisten im Stande und bereit ist, in Anspruch genommen wird, so möchte wohl für andere Zwecke noch ein namhafter Theil verfügbar bleiben und insbesondere dem Unterstützungsverein ein Zuschuß zur Fortsetzung seiner wohlthätigen Wirksamkeit durch Kartoffelverkauf und Hülfe in jeder Weise gegeben werden. Es ist eine eigene Erscheinung, daß der Andrang zum Ankauf der Kartoffeln verhältnißmäßig weit stärker ist, als zu der sehr guten, nahrhaften und billigen Suppe. Die Anstalt kann täglich 600 Portionen abgeben, es sind aber bis jetzt noch nicht über 200 verlangt worden. Rag sich dies durch die sicher unbegründete Scheu vor dem städtischen Krankenhause, wo die Suppe bereitet wird, und durch die Meinung erklären, daß der Schein der Bedürftigkeit bei dem Ankaufen billiger Kartoffeln weniger hervortrete, als bei dem Begehre einer noch billigeren Suppe, so ist es doch auch ein Zeichen, daß die Noth in dem Grade, um solche Vorurtheile zu überwinden, nicht in sehr ausgedehntem Maße hier vorhanden ist.

Wenn man in einem hiesigen Blatte Artikel liest, worin Stellen vorkommen, wie folgende: „Im Feldlager der Radikalen herrscht ein panischer Schrecken; die Herren schneiden Gefächter, wie ein in die Falle gerathener Fuchs“ u. s. w., so kann man bei dem besten Willen nicht ernsthaft bleiben. Vergebens hegen die Fuchsjäger ihre — Kosaken und fordern sie auf: „die Knute zu schwingen.“ Ihre Knute ist die Britische und ihre Zeit — der Carneval. Ihre Angriffe erregen eben Heiterkeit, dafür kann Niemand als sie selbst. Aber nach Außen können sie auf ein Paar Tage täuschen; diese Täuschung möchten ihre Patrone ausbeuten, und darum war ihnen die Enttäuschung in Nummer 8 der Rundschau sehr unangenehm. Die Verfasser des dort erwähnten Neujahrsgrußes an die Bürger von Mannheim haben sich für das „Volk“ ausgege-

ben; sie sind es nicht. Sie wollen für den „Gewerbstand“ in Mannheim gelten; dieser bedankt sich für die Ehre. Sie gaben sich für gebildete, geistig unabhängige Bürger aus; Niemand glaubt ihnen, denn diesem widerspricht ihr Benehmen. Man kennt die Personen, die Sachen, die Triebfedern, und damit hat man genug. Um sich als künftige Regenten der Stadt zu empfehlen, sollten sie wenigstens die lächerlichen Drohungen unterlassen, womit sie sich als sehr ungnädige Herren ankündigen; sie sollten ihre Vollmacht bringen, um sich als „Volk“ und „gebildete Bürger“ zu legitimiren; sie sollten mit ihrem Beglückungsplane herausrücken, damit ihre Mitbürger wissen, woran sie sind. Aber nichts von dem Allen haben sie gethan. Sie haben ihre Mitbürger im Gemeinderath, im kleinen und großen Ausschusse einen politischen Klub genannt; sie haben diese und die hier wohnenden liberalen Abgeordneten verdächtigt; sie haben den Mund entsetzlich voll genommen mit unartigen Redensarten. Und wenn man zu Gunsten der Wahrheit und der Angegriffenen ein Wort zu sagen und anzudeuten wagt, aus welchem Schaafstall ihre Schrift, und aus welcher Quelle ihr Treiben stammt, dann schreien sie über — Meinungsterrorismus! Wir werden nicht unterlassen, denselben zu üben, so oft uns Anlaß dazu gegeben wird.

Seit die wirklich selbstständigen und gebildeten Bürger in der Gemeinde und bei den Wahlen die Mehrheit haben, wird das nämliche Spiel gegen sie von Seiten der Rückschrittspartei unablässig getrieben. Seit Jahren ist ein berüchtigtes hiesiges Blatt der Ablagerungsort von Schmähartikeln gegen die Opposition in der Kammer, gegen ihre einzelnen Mitglieder, gegen freisinnige Bürger; und auf solche Arbeiten gründen sich dann Ansprüche auf Gnaden und Vortheile. Was für ein Lärm im vorigen Jahre gegen den Vorstand des hiesigen katholischen Bürgerhospitals, was für Artikel, Flugschriften, grüne Zettel u. dgl. — Damals war es auch „das Volk“, der „größte Theil der Bürger“, welcher im Dienste der Rückschrittspartei seine Aufwartung und allen Liberalen den Gar aus machte, d. h. — in seinen Artikeln. Das nämliche „Volk“ probirt jetzt wieder sein Heil, und es täuschen sich wechselseitig die Werkzeuge und die Patrone, denen der geträumte Siegeslohn immer wieder entschlüpft. Vor dieser alten Reaction bedarf es keiner Warnung; sie hat keine Zukunft mehr und wenn sie ein lustiges Kleeblatt nach dem andern anwirft und sich heiser schreien läßt; die Niederlagen sind ihr gewiß.

Sicherem Benehmen nach ist der in Brüssel erscheinenden deutschen Zeitung, wie in Preußen, so auch in Baden die Versendung durch die Post verweigert worden. Unseres Wissens ist dies der erste Fall dieser Art. Das constitutionelle Baden bedarf wahrlich solcher Abwehr von Blättern nicht, und könnte sie absoluten Staaten überlassen; es gereicht das nicht zu „Deutschlands Ehren“, die unlängst in der Karlsruher Zeitung so mannhafte verfochten wurden. Dort wurde uns das Beispiel Ulrichs von Hutten zu Gemüthe geführt, der einst fünf Franzosen, die von dem Kaiser unehrerbietig gesprochen, zugleich im Zweikampf besiegte; es wurde uns vorgehalten, daß ebendem das deutsche Vaterland der Inbegriff alles Hohen und Herrlichen, und Ausland gleichbedeutend mit Elend war. Allein — ist die Nation schuld daran, daß der Kaiser abhanden gekommen, das Ausland und Elend nicht mehr gleichbedeutend sind? Und besteht die „deutsche Gesinnung“ darin, daß man den atlantischen Ocean eine „große Pfütze“ und Amerika „das gelobte Land des Lynchgesetzes und des Sklavenhandels“

nennt? — Nach unserer Ansicht verdient diejenige deutsche Gesinnung mehr Achtung, welche dahin strebt, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, wodurch Deutschlands nationale Entwicklung aufgehalten, und die Mittel anzuwenden, durch welche sie gefördert wird, selbst die Schiffahrt auf der „großen Pfütze“ mit eingeschlossen.

**Baden.** Die Klagen, daß in den Landorten die Aufsicht über das Gewicht und die Tare des Brodes so vielseitig vernachlässigt werde, nehmen immer mehr zu, und der Thatbestand dieser Klagen hat sich in kürzester Zeit schon auf recht auffallende Weise als wahr bestätigt. Auf erhaltene Anzeige untersuchte z. B. kürzlich die Gendarmerie das Gewicht des Brodes in einem solch größeren Landorte, und es fand sich, daß der sogenannte vierpfündige Laib Schwarzbrot nicht allein um ein ganzes Pfund zu leicht, sondern daß auch noch dafür ein Kreuzer mehr bezahlt worden war, als die Tare es bestimmt. Wer übrigens annehmen wollte, dieser Zustand habe sich durch diese einmalige Untersuchung geändert, der würde sich sehr täuschen. Die Sache hat sich vielmehr verschlimmert; denn gegenwärtig fordern die Bäcker gedachten Orts nicht allein 1, sondern  $1\frac{1}{2}$  bis  $2\frac{1}{2}$  Kreuzer über die Tare für oben erwähnten Laib Brod. Wie es dabei mit dem Gewicht aussieht, will ich nicht berühren. Dieser Uebelstand trifft besonders die ärmere und weniger begüterte Classe sehr hart, denn diese ist es gerade, welche das Brod kaufen muß. Die Vermöglicheren pflanzen und backen ihren Bedarf selbst und brauchen die Bäcker nicht.

#### Verschiedenes.

— In Magdeburg hat der Polizeidirektor v. Kampf in drei Buchhandlungen die Geschäftsbücher durch Gendarmen wegnehmen lassen, um zu sehen, welche verbotene Bücher nach Magdeburg gekommen seien und wer sie gekauft habe. Die Buchhändler haben sich an den König gewendet, mit der Bitte um Schutz gegen solche Verletzung der Geseze durch die Polizei.

— In Berlin und den größeren Städten Preußens sollen bürgerliche Schutzcommissionen errichtet werden, um bei Volksaufläufen Ruhe zu stiften. Statt aber die bürgerliche Ver-

mittlung zuerst zu versuchen, und nur dann, wenn diese nichts ausrichtet, mit Polizei und Militär einzuschreiten, sollen die bürgerlichen Commissäre nur dann erscheinen, wenn sie von der Polizei gerufen werden. An diesem Umstand dürfte der ganze Plan scheitern.

— Die französische Regierung hat die Ausfuhr von Kartoffeln und Hülsenfrüchten bis Ende Juli verboten.

— Die allgemeine preussische Zeitung hat Auszüge aus einigen wilden Schriften von Marr, Heinzen und Freiligrath mitgetheilt, um daraus zu beweisen, daß die Deutschen noch nicht zahm genug seien, um eine preussische Verfassung und Pressfreiheit zu ertragen. Dies ist aber eben so verkehrt, wie die Demagogerie von früher. Die Unterdrückung erbittert, nicht die Freiheit; die Deutschen in Amerika sind nicht staatsgefährlich.

— Der außerordentliche sächsische Landtag, welcher für die Eisenbahn und die Theuerung Geld und Credit schaffen soll, ist am 22. Januar in Dresden eröffnet worden.

— Zuverlässige Nachrichten bestätigen, daß die russischen Truppen in Polen bedeutend verstärkt worden sind, was von Wien und Krafau her aus unbekanntem Gründen abgelaugnet wird.

— Mehrere norddeutsche Blätter schreiben aus Berlin, Der König habe am 2. Januar das Edikt unterzeichnet, nach welchem die 568 Mitglieder der acht Provinzialstände im April als Generalstände zusammentreten sollen; ihre Aufgabe, heißt es, sei die Bewilligung einer Anleihe von 50 Millionen Thalern, allein dazu gehören Reichsstände mit den Rechten der Steuerbewilligung und der entscheidenden Mitwirkung bei Gesezen.

— Nach Zeitungsberichten würde sich Baiern an die Triester Bahn anschließen und mit dem nächsten Frühjahr die Strecke von München nach Salzburg in Angriff nehmen lassen; ferner wären Baiern, Württemberg und Baden über die Verbindung ihrer Bahnen einig geworden. Legterem widerspricht die Erklärung des württembergischen Finanzministers in der Kammer, daß über die Verbindung mit Baden nicht einmal Unterhandlungen angeknüpft seien.

Unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.

## Anzeigen.

### Neues badisches Volksschulblatt.

Mit diesem Blatte bieten mehrere badische Volksschullehrer, die sich zur Herausgabe desselben vereinigt und zur Besorgung der Redaktionsgeschäfte einige aus ihrer Mitte erwählt haben, ihren Amtsbrüdern ein Organ zur Besprechung der Angelegenheiten der Schule und des Lehrerstandes, ein Mittel zur Vereinigung der Kräfte aller gleichgesinnten Standesgenossen zu gemeinsamem Wirken und Streben und endlich die Gelegenheit zu unverfälschter Darlegung der Bedürfnisse, Wünsche und Bestrebungen der badischen Volksschullehrer vor den Augen ihrer Behörden und vor denen des ganzen Landes. Sie glauben, durch die Gründung dieses Blattes einem von den Lehrern selbst tief gefühlten Bedürfnisse entgegen zu kommen, und hoffen darum auch auf die rege Theilnahme der Amtsbrüder an diesem nur im Interesse der Schule und der Lehrer versuchten Unternehmen.

Das neue badische Volksschulblatt erscheint jeden Mittwoch und Samstag in einem halben Bogen und kostet, durch die Post oder im Wege des Buchhandels bezogen, 1 fl. 30 kr. halbjährlich. Sämmtliche Nummern für den Monat Januar sind bereits gedruckt und werden nun, da die Unterhandlungen mit den Postbehörden beendet sind, den Abonnenten in rascher Folge zukommen. Anbestellungen für das erste Halbjahr von 1847 wollen bei dem zunächst gelegenen Postamte nunmehr recht bald gemacht werden.

Mannheim den 26. Januar 1847.

Die Redaction des neuen badischen Volksschulblattes.